



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin für Rechtspolitik und Abrüstungspolitik
Bundestagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Reisebericht

Iran

**Mit dem Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
16./17. Juni 2019**

Delegationsmitglieder: Matthias Höhn (Linke) als Delegationsleiter, Peter Aumer (CDU), Alexander Müller (FDP) und ich.

Die Delegationsreise in den Iran war nach der Aufkündigung des Atomabkommens JCPOA durch die USA im Mai 2018 und die Wiedereinsetzung der Sanktionen im August 2018 bereits für den Herbst letzten Jahres geplant worden und zunächst von iranischer Seite abgesagt worden.

In den dazwischen liegenden Monaten hat sich die Krise immer weiter zugespitzt. Hier ein Überblick über die wichtigsten Ereignisse 2019:

29.01:

Gründung von INSTEX (Instrument in Support of Trade Exchanges) durch Großbritannien, Frankreich und Deutschland um Finanztransaktionen mit dem Iran trotz der Sanktionen zu ermöglichen. Bis heute ist dieser Mechanismus nicht funktionsfähig. Es finden kaum noch Exporte in den Iran statt und die meisten deutschen Unternehmen haben bereits das Land verlassen.

02.05.: USA verschärfen Sanktionen erneut in Bezug auf Öl

06.05. USA verlegen Flugzeugträger und Bomberstaffel an den Golf
Iran droht daraufhin mit der Blockade von Ölschiffen

08.05. Präsident Rohani setzt den Europäern eine Frist von 60 Tagen (bis 7.Juli), um den Verkauf von Öl wieder zu ermöglichen.

12.05. Attacken auf 4 Handelsschiffe unterschiedlicher Nationalitäten

23.05. Der politische Direktor im AA, Jens Plötner besucht Teheran

10.06. Besuch AM Maas in Teheran

12.06. Angriff auf 2 Öltanker im Golf von Oman

17.06. Iran kündigt den Beginn höherer Urananreicherung binnen 10 Tagen an

- 18.06. USA entsenden weitere 1000 Soldaten an den Golf
 20.06. Abschuss einer Global Hawk Drohne durch den Iran

Gesprächspartner:

Freundschaftsgruppenvorsitzender Khamakani

Vorsitzender des Ausschusses National Security & Foreign Policy: Falahat Pisheh

Außenministerium: Vize-Minister Dehghani

Vorsitzender des Menschenrechtsrat der Judikative: Dr. Larijani

Abteilungsleiterin im AA für Menschenrechte: Frau Vadiati

Vize Präsidentin Frau Dr. Masoumeh Ebtekar

Zum Atomabkommen:

Die Gespräche finden trotz der akuten Zuspitzung und Eskalation in einer angenehmen sachlichen und offenen Atmosphäre statt.

Unsere Gesprächspartner sind allesamt Unterstützer des aktuellen Präsidenten Ruhani, der zu den moderaten Kräften gehört, die derzeit auch die Mehrheit im Parlament haben und die Regierung stellen. Fast alle von ihnen haben den Abschluss des Atomabkommens 2015 unterstützt.

Die tatsächliche Macht des Präsidenten ist jedoch beschränkt durch die Macht des geistlichen Führers Chamenei, der sowohl der Chef der Judikative ist als auch über eigene Streitkräfte und eigene Geheimdienste und Milizen verfügt. Diese Revolutionsgarden sind nicht nur ein politischer und militärischer Faktor, sondern verfügen darüber hinaus auch über ein großes Wirtschaftsimperium. Sie haben das Atomabkommen von Anfang an abgelehnt, weil man den Amerikaner angeblich nicht trauen kann. Tragischer Weise wurden ausgerechnet diese Hardliner nun in ihrer Einschätzung bestätigt.

Die iranische Seite trägt vor, dass sie nach über einem Jahr Wartezeit immer weniger Hoffnung auf die EU setzt und sämtliche Erwartungen enttäuscht wurden.

Der EU sei es trotz Ankündigung nicht gelungen, einen Zahlungsverkehr zu ermöglichen. Auch die Blocking-Verordnung der EU, mit der Unternehmen vor amerikanischen Sanktionen geschützt werden sollte habe keinerlei Wirkung gezeigt.

Im Mai habe man auch kein Öl mehr verkaufen können. Man werde aber nicht hinnehmen, dass die Bevölkerung hungert und ggf. andere Wege finden iranisches Öl auf den Markt zu bringen. (Welche bleibt offen).

Wir hören, dass es inzwischen auch im Bereich humanitärer Güter, insbesondere bei Medikamenten knapp wird.

Es ist tatsächlich so, dass keine deutsche oder europäische Bank mehr bereit ist, Überweisungen in oder aus dem Iran abzuwickeln aus Sorgen, irgendwie Schwierig-

rigkeiten auf dem amerikanischen Finanzmarkt zu bekommen (over compliance). Deshalb können auch Güter, die formal von den Sanktionen gar nicht betroffen sind, nicht mehr gehandelt werden.

Es wird betont, dass der Iran einen großen Beitrag zur Bekämpfung des Drogenhandels und des IS geleistet hätte. Man vermisse dafür jegliche Wertschätzung und Anerkennung. Es werden mehrfach die Waffenlieferungen an Saudi Arabien kritisiert.

Aus iranischer Sicht war das Atomabkommen immer ein Wirtschaftsabkommen und kein Beitrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen. Der Iran sei ohnehin Mitglied im NPT (Non-Proliferation Treaty) und außerdem an eine religiöse Fatwa gebunden, die Atomwaffen verbieten würde. Iran habe zu keinem Zeitpunkt eine Atomwaffe angestrebt.

Der NPT sei in einer Sackgasse, weil die Atomstaaten ihrer Abrüstungsverpflichtung nicht nachkämen. Trotzdem habe Iran mit dem JCPoA (Joint Comprehensive Plan of Action) Verpflichtungen akzeptiert, die weit über den NPT Vertrag hinaus gehen. Von 1100 Kontrollen der internationalen Atombehörde würden 1000 allein auf Iran entfallen. Sämtliche Anlagen seien mit Kameras ausgestattet.

Die Regierung stehe jetzt massiv unter Druck, weil sie sich soweit verpflichtet habe. Auch 2015 sei das JCPoA stark umstritten gewesen. Mit Ausnahmen von Herrn Larijani gehören alle unsere Gesprächspartner zu ausdrücklichen Unterstützern des Abkommen. Wenn Iran jetzt wegen der Wiederaufnahme von Urananreicherung im Sicherheitsrat verurteilt werden sollte würde man nicht nur aus dem JCPoA, sondern auch aus dem NPT Vertrag austreten.

2015 hätten 70-80 % der Bevölkerung das Abkommen gewollt heute sei es umgekehrt.

Wenn keine Lösung gefunden würde müssten sie eben zur sogenannten „Resistance Economy“ zurückkehren. Wie dieser „Widerstand“ wirtschaftlich funktionieren soll bleibt unerfindlich.

Widerstand spielt ganz offenbar eine wichtige Rolle für die Iraner, die betonen, dass sie eben schon seit Jahrzehnten an die totale Isolation gewohnt seien. Schon im Irakkrieg sei ihnen niemand zu Hilfe gekommen, als der Irak sie angegriffen habe.

Auch Deutschland habe damals Chemikalien an Sadam Hussein geliefert, die dieser bei der Giftgasproduktion genutzt habe. Niemand habe interveniert, als er Giftgas gegen die iranische Zivilbevölkerung eingesetzt hatte. (Anm: diese historischen Vorwürfe sind m.E. voll berechtigt. Es handelte sich 1980 eindeutig um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg des Irak auf den Iran)

Der Vize AM machte deutlich, dass es eindeutig besser für den Iran sei, wenn das JCPoA gerettet werden könnte. Der innenpolitische Druck sei aber inzwischen zu stark. Es müsste kurzfristig irgendeine konkrete Hilfeleistung erfolgen, sonst könne man nicht mehr darstellen, warum man an Verpflichtungen festhalte, ohne

irgendeine Gegenleistung zu erhalten. Sie bräuchten dringend einen Grund. Irgendwas müsse passieren. Er bringt ein weiteres Treffen der verbliebenen Vertragsparteien ins Gespräch.

Ein solches Gespräch in Brüssel ist tatsächlich zum Ende des Monats geplant.

Die Zeit läuft allerdings inzwischen noch schneller ab als zuvor, weil Iran mit der angekündigten Anreicherung voraussichtlich schon am 27.06 und nicht erst am 07.Juli die Grenzen des Vertrages überschreiten könnte.

Unsere Botschaft an die Iraner ist gewesen:

Das JCPoA muss unbedingt gerettet werden. Wir erkennen an, dass sie bis heute trotz des Ausstiegs der Amerikaner und der Sanktionen an dem Abkommen festgehalten haben. Wir sehen ein, dass die bisherigen Versuche der EU den Handel aufrecht zu erhalten nicht funktioniert haben und die wirtschaftlichen Auswirkungen auf den Iran gravierend sind.

Dennoch können sie nicht behaupten, die EU habe nichts getan. Die Erwartungen müssten realistisch sein. Der Aufbau von INSTEX benötige noch mehr Zeit. Es sei nicht hilfreich, dass sie der EU eine Frist gesetzt haben.

Iran darf jetzt auf keinen Fall die roten Linien des Abkommens verletzen, weil sie dann auf keinerlei Unterstützung mehr aus der EU zählen können. Solange Iran das Abkommen einhalte habe man zumindest politisch eine starke Position, weil man im Recht sei. Die politische Unterstützung der EU allein löst zwar noch nicht die akuten Probleme sei aber trotzdem nicht unter zu bewerten.

Zu den Menschenrechten:

Der Menschenrechtsbeauftragte wird vom Chef der Judikative ernannt, der unmittelbar dem geistlichen Führer untersteht.

Eine Unabhängigkeit ist damit formal schon nicht gegeben, wie es aber auch sonst keine unabhängige Justiz gibt oder Spuren von Rechtsstaatlichkeit erkennbar wären.

Auch hier gibt es wieder die Parallelstrukturen: „normale“ Gerichte auf der einen und die „politische“ Gerichtsbarkeit, die direkt dem geistlichen Führer untergeordnet ist auf der anderen Seite. Wann wer vor welchem Gericht landet ist nicht zu durchschauen.

Dr. Larijani selbst ist zu Schah Zeiten inhaftiert gewesen, war danach längere Zeit als Dozent, bzw. Professor in den USA tätig, war nach der Revolution mehrere Jahre Parlamentsabgeordneter. Nach seinem Ausscheiden aus dem Parlament wurde er zum Menschenrechtsbeauftragten ernannt.

Er führt aus: Menschenrechte seien im Iran zu Unrecht als westliches Thema verschrien. Es sei wichtig, dass sich Iran ernsthaft um Menschenrechte bemühe. Es gäbe im Iran einen „High Council for Human Rights“ dem u.a. 5 Minister (Innen,

Außen, Justiz, Kultur und Geheimdienste), sowie der Polizeichef, der Vollzugsverantwortliche, Richter und Staatsanwälte angehörten.

Der Chef der Judikative sei Vorsitzender dieses Councils und er selbst der Sekretär.

Es gäbe angeblich über 10.000 (?) NGOs im Land, die sich für Menschenrechte einsetzten.

Es gäbe insgesamt 4 Wege, um sich gegen staatliche Rechtsverletzungen zu wehren.

In allen Provinzen gäbe es nach dem Gesetz zur Unterstützung der Bürgerrechte einen Ombudsmann, der dafür zuständig sei Beschwerden aufzunehmen.

Als zweites könne man gegen staatliche Maßnahmen vor dem Gerichtshof klagen und dann könne man eben den Council for Human Rights anrufen oder eine weitere Inspektionsorganisation.

Ich habe ihn dann konkret auf den Fall der inhaftierten Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh angesprochen und darauf hingewiesen, dass dieser Fall auch in Deutschland und international Gesprächsthema ist und ob er mir sagen könne, was ihr vorgeworfen würde.

Er erklärte, dass Sotoudeh nicht wegen ihrer anwaltlichen Tätigkeit verurteilt worden sei. Sie habe gegen das Gesetz zur Bekämpfung von Nacktheit verstoßen und andere zu rechtswidrigen Taten aufgerufen.

Es sei eben Gesetz im Iran, dass Frauen ihr Haar bedecken müssten und auch wenn einem das Gesetz nicht gefallen sollte, so müsse man sich eben doch an Gesetze halten.

Sotoudeh habe sich bewusst für diesen Weg entschieden und auch keinen Begnadigungsantrag gestellt, obwohl damit ein pragmatischer Lösungsweg möglich gewesen wäre.

Er verspricht unserem Botschafter die Akten zukommen zu lassen und versichert Transparenz. Ich könnte auch gerne mit einer Delegation wiederkommen und iranische Gefängnisse besichtigen. (Es ist durchaus verlockend die Glaubwürdigkeit dieses Angebotes zu überprüfen).

Erste Versuche der Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit (IRZ), einen Rechtsstaatsdialog aufzubauen, sind bislang jedenfalls gescheitert.

Larijani bezeichnet sich selbst als Kind der Revolution. Früher habe er den Schah kritisiert und sei dafür eingesperrt worden – heute könne er die Regierung kritisieren. Das sei doch eine klare Verbesserung.

Die Abteilungsleiterin für Frauen- und Menschenrecht im Außenministerium bezeichnet sich als Brücke zwischen den staatlichen Institutionen und der nationalen und internationalen Ebene.

Wenn sie über Einzelfälle informiert würde, spräche sie mit den beteiligten Institutionen und mit dem Council for Human Rights. Formal können sie als Teil der Exekutive nicht in Gerichtsverfahren intervenieren, denn es gelte die Gewaltenteilung.

lung. (was in Anbetracht der Machtfülle des geistlichen Führers eher skuril anmutet)

Bei Todesurteilen versuche man die Hinrichtung zu vermeiden, indem man auf die Angehörigen des Opfers einwirke, auf die Vollstreckung zu verzichten und stattdessen eine Strafzahlung zu akzeptieren. Wenn die Angehörigen aber auf die Hinrichtung bestünden könne man sie nicht zwingen. Besonders wichtig sei es, die Hinrichtung von zur Tatzeit Minderjährigen zu verhindern.

Insgesamt sei 2018 die Zahl der Hinrichtungen massiv zurück gegangen, weil man das Gesetz zur Bekämpfung des Drogenhandels an dieser Stelle geändert habe und Drogenhandel neben Mord der häufigste Anwendungsfall der Todesstrafe sei.

(Tatsächlich ist die Zahl der Hinrichtung von 429 in 2017 auf 223 in 2018 zurückgegangen)

Auf die Frage nach weiblichen Hingerichteten: seit Ihrem Amtsantritt vor 17 Monaten können sie sich nur an eine Frau erinnern, die wegen Mordes an ihrem Ehemann hingerichtet worden sei.

Die Vizepräsidentin Ebtekar schildet uns ihre Anstrengungen im Bereich Frauenrechte.

Es sei angestrebt bis zum Jahresende 30 % der Posten in den Ministerien mit Frauen zu besetzen. Eine Quote für das Parlament habe man diskutiert, sich aber dagegen entschieden. Derzeit sind nur 17 Parlamentarierinnen Frauen und keine einzige Ministerin. Damit sei sie nicht zufrieden, aber sie sei immerhin eine weibliche Vize Präsidentin.

In Teheran selbst gäbe es eine „Omid-Partei“ mit 30 % Frauenanteil, die auch bereits durchgesetzt habe, dass der Stadtrat mit 30 % Mandatsträgerinnen besetzt sei.

Wichtiger aber als eine Quote sei die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie.

Die gesetzliche Kopftuchpflicht diene nicht der Unterdrückung der Frauen, sondern dem Schutz vor sexuellen Belästigungen und sei ein Zeichen des Respekts unter den Geschlechtern. Meine Frage, ob es dazu unter den Frauen auch unterschiedliche Auffassungen gibt beantwortet sie nicht wirklich.

Sie habe durchgesetzt, dass iranische Frauen alle Sportarten ausüben können und dass die Kleiderordnung auch bei internationalen Wettkämpfen weitgehend angepasst worden sei, so dass die Frauen daran auch mit entsprechender Kopfbedeckung teilnehmen könnten.

Frau Ebtekar hatte in ihrem Eingangsstatement deutlich gemacht, dass sie auch zum Thema Sicherheit und Nuklearabkommen etwas zu sagen hätte und ich bedaure, dass wir dazu dann doch nicht mehr gekommen sind.

Fazit:

Die Lage am Golf ist extrem gefährlich, auch wenn beide Seiten erklären, dass sie keinen Krieg wollen.

Die Attacken auf Schiffe im Golf sowie die Ankündigung Uran noch vor dem 7.Juli anzureichern belegen aus meiner Sicht den innenpolitischen Druck unter dem die Regierung steht. Möglicherweise ist ihr die Kontrolle schon entglitten.

Auf der anderen Seiten des Atlantik muss man inzwischen hoffen, dass Trump, der glaubwürdig kein Interesse an einem neuen Krieg hat, sich nicht von Bolton manipulieren lässt. (Am 21.06. hat Trump im letzten Moment anders entschieden, weil ihm ein General auf Nachfrage gesagt habe, dass die geplanten Raketenangriffe etwa 150 Menschenleben gekostet hätten.)

Die Zeit für ein hilfreiches Angebot der EU läuft uns davon.

Mich hat besonders schockiert zu erfahren wie hilflos wir als EU da stehen, selbst wenn wir als Wirtschaftsmacht von 500 Millionen Menschen ausnahmsweise mal politisch geschlossen agieren.

Von den Sparkassen bis zur europäischen Zentralbank ist niemand bereit, legale Finanztransaktionen abzuwickeln aus Angst, Mitarbeiter könnten Nachteile erleiden bei der Einreise in die USA oder jemandem könnte die Kreditkarte gesperrt werden.

Deutsche Staatsbürger im Iran müssen heute ständig damit rechnen, dass ihre Konten gesperrt werden, wenn ihre heimische Bank erfährt wo sie sind. Nicht mal unsere Botschaft kann ihren Mitarbeitern den Lohn aus Deutschland regulär überweisen!

Wenn immer über mehr Unabhängigkeit Europas im Verteidigungsbereich diskutiert wird, zeigt uns die aktuelle Krise im Iran, dass uns selbst eine europäische Armee nicht zu mehr Unabhängigkeit verhelfen würde, solange wir wirtschaftlich derart erpressbar sind.

Es ist schon sehr demütigend sich ausgerechnet von den Iranern sagen lassen zu müssen, dass wir in der EU nicht in der Lage sind irgendwelche Maßnahmen durchzusetzen, wenn die USA das nicht wollen.

Gerade auch im europäischen Sicherheitsinteresse muss dieser Zustand dringend geändert werden!

23. Juni 2019

Katja Keul